



Schutz Sicherheit IHK

Free Practice Test — 30 Real Exam-Style Questions

with full answer key & explanations

**Unlock the full bank of 387 questions
+ unlimited timed mock exams + mistake book**

Practice on the web: <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99 / week · \$6.99 / month · cancel anytime

What you unlock: all 387 questions • unlimited timed mock exams • mistake book • instant explanations

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play



Unlock all 387 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



Practice Questions

Try all 30 first, then check the answer key at the back.

Want the other 357+ questions & full timed mock exams? Unlock at
<https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

1. Ein Täter hat bereits damit begonnen, das Schloss einer Bürotür aufzubrechen, als er freiwillig und ohne äußeren Druck von der Tat ablässt und das Gebäude verlässt. Die Tat wäre für ihn zu diesem Zeitpunkt problemlos fortsetzbar gewesen. Was sieht § 24 StGB für diesen Fall vor?

- A. Der Täter bleibt wegen des Versuchs des Einbruchs straflos, weil er freiwillig vom unbeendeten Versuch zurückgetreten ist
- B. Der Täter wird wegen des Versuchs bestraft, erhält aber eine erhebliche Strafmilderung nach § 49 StGB
- C. Der Rücktritt ist nur wirksam, wenn der Täter zuvor den Schaden am Schloss eigenständig behebt
- D. Ein Rücktritt ist nach Beginn der Tatausführung grundsätzlich nicht mehr möglich

2. Eine Sicherheitskraft wird im Dienst von einer aggressiven Person mit einer leeren Glasflasche auf den Kopf geschlagen und erleidet eine Platzwunde. Welcher Straftatbestand des StGB ist durch diesen Angriff erfüllt?

- A. Gefährliche Körperverletzung nach § 224 StGB, da die Flasche als gefährliches Werkzeug eingesetzt wurde
- B. Einfache Körperverletzung nach § 223 StGB, da keine dauerhaften Schäden entstanden sind
- C. Schwere Körperverletzung nach § 226 StGB, da ein Körperteil verletzt wurde
- D. Körperverletzung mit Todesfolge nach § 227 StGB, da theoretisch Lebensgefahr bestanden haben könnte



Unlock all 387 questions + timed mock exams
→ <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



3. Ein Unternehmen schließt mit einem Lieferanten einen Wartungsvertrag ab. Kurz danach stellt es fest, dass es einem Irrtum über eine wesentliche Eigenschaft der beauftragten Leistung unterlag – ein Umstand, den der Lieferant nicht arglistig herbeigeführt hat. Welches Recht steht dem Unternehmen nach dem BGB zu?

- A. Das Unternehmen kann den Vertrag wegen Eigenschaftsirrtums nach § 119 Abs. 2 BGB anfechten.
- B. Das Unternehmen kann den Vertrag wegen arglistiger Täuschung nach § 123 BGB anfechten.
- C. Das Unternehmen kann den Vertrag ausschließlich kündigen, da Irrtümer kein Anfechtungsrecht begründen.
- D. Ein Irrtum über eine Eigenschaft begründet nach dem BGB grundsätzlich kein Lösungsrecht vom Vertrag.

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play

4. Eine 13-jährige Person beschädigt auf einem Schulgelände mutwillig Eigentum einer Mitschülerin. Die Eltern fragen, ob ihr Kind strafrechtlich verfolgt werden kann. Was gilt nach § 19 StGB?

- A. Kinder unter 14 Jahren sind schuldunfähig; eine strafrechtliche Verfolgung nach dem StGB oder JGG ist ausgeschlossen.
- B. Kinder ab 12 Jahren können bereits nach dem Jugendgerichtsgesetz (JGG) strafrechtlich verfolgt werden.
- C. Das Strafgesetzbuch sieht keine feste Altersgrenze für die Strafmündigkeit vor; es kommt auf den Einzelfall an.
- D. Kinder unter 16 Jahren sind grundsätzlich schuldunfähig und können nicht strafrechtlich verfolgt werden.

5. Ein ehemaliger Mitarbeiter legt aus Rache absichtlich Feuer an dem leerstehenden Lagergebäude seines früheren Arbeitgebers. Das Gebäude dient ausschließlich der Warenlagerung und ist kein Wohngebäude. Es entsteht erheblicher Sachschaden an der Bausubstanz. Welcher Straftatbestand des StGB ist hier primär erfüllt?

- A. Sachbeschädigung nach § 303 StGB
- B. Brandstiftung nach § 306 StGB
- C. Schwere Brandstiftung nach § 306a StGB
- D. Fahrlässige Brandstiftung nach § 306d StGB



Unlock all 387 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



6. Eine Sicherheitskraft ist dienstlich für die Sicherheit aller Personen auf einem Betriebsgelände verantwortlich. Sie entdeckt einen bewusstlosen, lebensbedrohlich erkrankten Kollegen. Obwohl ihr Eingreifen und das Absetzen eines Notrufs gefahrlos möglich wäre, unternimmt sie nichts. Der Kollege stirbt. Über eine Strafbarkeit nach § 323c StGB hinaus: Welche schwerere Strafbarkeit kommt hier in Betracht, und auf welcher Grundlage?

- A. Fahrlässige Tötung nach § 222 StGB, weil die Sicherheitskraft unvorsichtig gehandelt hat
- B. Totschlag durch Unterlassen nach § 212 StGB i.V.m. § 13 StGB, weil die Sicherheitskraft aufgrund ihrer beruflichen Stellung als Garantin verpflichtet war, den Tod abzuwenden
- C. Eine Strafbarkeit über § 323c StGB hinaus ist ausgeschlossen, da kein aktives Tun vorliegt
- D. Körperverletzung mit Todesfolge nach § 227 StGB, weil der Tod als unmittelbare Folge der Vernachlässigung eintrat

Want the other 357+ questions & full timed mock exams? Unlock at

<https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

7. Eine Sicherheitskraft wird während eines Raubes von den Tätern als Geisel genommen. Sie drohen, sie zu erschießen, wenn sie nicht sofort den Tresorraum öffnet. Aus Angst um ihr Leben öffnet sie den Tresor. Ihr Handeln ist objektiv rechtswidrig. Welche Norm des StGB kann ihr Verhalten dennoch entschuldigen, sodass sie straffrei bleibt?

- A. Notwehr nach § 32 StGB
- B. Rechtfertigender Notstand nach § 34 StGB
- C. Entschuldigender Notstand nach § 35 StGB
- D. Notwehrexzess nach § 33 StGB

8. Eine Sicherheitskraft beobachtet auf dem Betriebsgelände, wie eine unbeteiligte Frau von einer unbekannt Person körperlich angegriffen wird. Die Sicherheitskraft greift ein und setzt Körperkraft ein, um den Angriff zu beenden. Welches Recht nimmt sie dabei wahr?

- A. Nothilfe als Unterfall der Notwehr gemäß § 32 StGB
- B. Rechtfertigender Notstand gemäß § 34 StGB
- C. Jedermann-Festnahmerecht gemäß § 127 Abs. 1 StPO
- D. Verbotene Eigenmacht gemäß § 858 BGB



Unlock all 387 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



9. Ein Gläubiger beobachtet, wie sein Schuldner mit dem einzigen pfändbaren Vermögensgegenstand – einem Pkw – zu fliehen versucht, um der Zwangsvollstreckung zu entgehen. Staatliche Hilfe ist nicht rechtzeitig erreichbar. Der Gläubiger hält das Fahrzeug kurzzeitig an und sichert es. Auf welche Rechtsgrundlage des BGB kann er sich berufen?

- A. § 227 BGB (Notwehr)
- B. § 228 BGB (Defensivnotstand)
- C. § 229 BGB (erlaubte Selbsthilfe)
- D. § 242 BGB (Treu und Glauben)

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play

10. Ein Sicherheitsmitarbeiter schlägt im Dienst ohne jeden Rechtfertigungsgrund einem Besucher ins Gesicht. Der Besucher erleidet eine Rötung sowie Arztkosten und einen Tag Verdienstaufschlag. Gegen wen kann der Besucher zivilrechtliche Schadensersatzansprüche nach § 831 BGB geltend machen?

- A. Ausschließlich gegen den Sicherheitsmitarbeiter persönlich, da er die Verletzungshandlung selbst begangen hat.
- B. Gegen den Arbeitgeber (Bewachungsunternehmen), der nach § 831 BGB als Geschäftsherr für seinen Verrichtungsgehilfen haftet, sofern er sich nicht durch Nachweis sorgfältiger Auswahl und Überwachung entlastet.
- C. Gegen den Auftraggeber (Objektbetreiber), da dieser als Vertragspartner für alle auf seinem Gelände entstandenen Schäden verantwortlich ist.
- D. Gegen niemanden, da Schadensersatzansprüche bei körperlichen Auseinandersetzungen im Bewachungsgewerbe gesetzlich ausgeschlossen sind.

11. Ein neu eingestellter Sicherheitsmitarbeiter soll einen Arbeitsvertrag unterzeichnen, der eine Klausel enthält, wonach er nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses zeitlich und örtlich unbegrenzt in keinem anderen Unternehmen der Sicherheitsbranche tätig werden darf. Welche rechtliche Folge hat diese Klausel nach dem BGB?

- A. Die Klausel ist nach § 138 Abs. 1 BGB nichtig, weil sie gegen die guten Sitten verstößt und das berufliche Fortkommen unzumutbar einschränkt
- B. Die Klausel ist wirksam, da Vertragsfreiheit besteht und beide Parteien unterschrieben haben
- C. Die Klausel ist zunächst wirksam, kann aber vom Mitarbeiter durch Anfechtung beseitigt werden
- D. Die Klausel ist nur unwirksam, wenn sie nicht ausdrücklich schriftlich vereinbart wurde



Unlock all 387 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



12. Welche zwei Parameter werden in einer Risikomatrix zur Risikobewertung miteinander kombiniert?

- A. Personalkosten und zu erwartender Sachschaden
- B. Eintrittswahrscheinlichkeit eines Schadensereignisses und dessen Schadensausmaß
- C. Anzahl der Mitarbeiter und Grundfläche des Objekts
- D. Interventionszeit der Sicherheitskraft und Stärke der baulichen Sicherung

Want the other 357+ questions & full timed mock exams? Unlock at
<https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

13. Welche Angabe muss ein vollständiger Alarm- und Notfallplan im Rahmen eines Sicherheitskonzepts zwingend enthalten?

- A. Klar definierte Alarmierungsketten mit konkreten Zuständigkeiten, Meldeweg, Verhaltensregeln für verschiedene Szenarien sowie Kontaktdaten aller Notfallansprechpartner
- B. Ausschließlich die Telefonnummern der zuständigen Polizeidienststelle und der Feuerwehr
- C. Nur die technischen Spezifikationen der eingesetzten Einbruchmelde- und Brandmeldeanlage
- D. Lediglich eine allgemeine Beschreibung des Objekts und seiner Lage ohne szenariospezifische Handlungsanweisungen

14. Welche Funktionsweise beschreibt einen Passiv-Infrarot-Melder (PIR) im Rahmen einer Einbruchmeldeanlage korrekt?

- A. Er registriert die Wärmestrahlung von sich bewegenden Personen im Überwachungsbereich und löst bei Erkennung Alarm aus.
- B. Er erzeugt einen unsichtbaren Lichtstrahl und löst Alarm aus, sobald dieser unterbrochen wird.
- C. Er misst Schwingungen an Wänden und Decken und erkennt so Durchbruchversuche von außen.
- D. Er überwacht den Öffnungszustand von Türen und Fenstern mittels Magnetkontakten.

15. Was versteht man im Objektschutz unter einer 'Personenschleuse' (auch als Mantrap bezeichnet)?

- A. Eine Zugangskontrollvorrichtung, bei der eine zweite Tür erst öffnet, wenn die erste vollständig geschlossen ist, sodass sich nur eine Person gleichzeitig im Schleusenkörper befinden kann
- B. Ein gesicherter Notausgang, der ausschließlich für Rettungskräfte im Brandfall zugänglich ist
- C. Eine Wartezone für nicht vorangemeldete Besucher vor dem Sicherheitsempfang
- D. Ein abgesperrter Bereich innerhalb eines Objekts, der ausschließlich Sicherheitspersonal vorbehalten ist

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play



Unlock all 387 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



16. Worin liegt der wesentliche Unterschied zwischen 'Zugangskontrolle' und 'Zutrittskontrolle' im Sicherheitswesen?

- A. Zugangskontrolle betrifft ausschließlich Fahrzeuge, Zutrittskontrolle ausschließlich Personen
- B. Beide Begriffe sind rechtlich identisch und werden synonym verwendet
- C. Zugangskontrolle regelt das Erreichen eines Geländes (Außenbereich), Zutrittskontrolle das Betreten von Gebäuden und Räumen
- D. Zugangskontrolle ist stets eine technische Maßnahme, Zutrittskontrolle eine rein organisatorische

17. Wie unterscheiden sich präventives Risikomanagement und reaktives Krisenmanagement im Kontext des Objektschutzes voneinander?

- A. Präventives Risikomanagement identifiziert und bewertet Gefährdungen vor ihrem Eintreten und leitet Gegenmaßnahmen ein; reaktives Krisenmanagement greift nach einem Schadenseintritt, um Folgen zu begrenzen und die Lage zu stabilisieren
- B. Risikomanagement ist ausschließlich Aufgabe externer Sicherheitsberater; das Krisenmanagement obliegt ausschließlich dem internen Sicherheitspersonal
- C. Beide Begriffe beschreiben identische Prozesse und werden im professionellen Sicherheitswesen synonym verwendet
- D. Risikomanagement befasst sich nur mit Sachschäden, Krisenmanagement ausschließlich mit dem Schutz von Menschenleben

18. Was unterscheidet primäre Prävention von sekundärer Deeskalation im Sicherheitsdienst?

- A. Primäre Prävention erfolgt nach einer Eskalation; sekundäre Deeskalation soll weitere Eskalation verhindern.
- B. Primäre Prävention zielt darauf ab, Konflikte durch frühzeitige Maßnahmen gar nicht erst entstehen zu lassen; sekundäre Deeskalation wirkt, wenn ein Konflikt bereits begonnen hat.
- C. Beide Begriffe bezeichnen dasselbe Konzept und können gleichbedeutend verwendet werden.
- D. Primäre Prävention ist ausschließlich Aufgabe der Polizei; sekundäre Deeskalation obliegt privaten Sicherheitskräften.

Want the other 357+ questions & full timed mock exams? Unlock at
<https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>



Unlock all 387 questions + timed mock exams
→ <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



19. Paul Watzlawick formulierte das Axiom: 'Man kann nicht nicht kommunizieren.' Was bedeutet dies in der Praxis für eine Sicherheitskraft?

- A. In Konfliktsituationen sollte eine Sicherheitskraft möglichst viel sprechen, um Missverständnisse zu verhindern.
- B. Schweigen signalisiert immer Zustimmung und sollte daher in Konflikten konsequent vermieden werden.
- C. Auch Schweigen, Abwenden oder Nichtstun senden eine Botschaft und wirken auf das Gegenüber.
- D. Nonverbale Signale sind in Konfliktsituationen weniger bedeutsam als verbale Äußerungen.

20. Ein Besucher besteht darauf, einen Behindertenparkplatz zu nutzen, obwohl er keinen Ausweis hat. Die Sicherheitskraft erklärt die Regelung, doch der Besucher empfindet dies als persönliche Schikane. Welche Kombination von Konflikttypen liegt hier vor?

- A. Ausschließlich ein Wertekonflikt, da der Besucher grundsätzlich andere Wertvorstellungen hat.
- B. Ein Sachkonflikt (Parkplatzberechtigung) und ein Beziehungskonflikt (wahrgenommene persönliche Willkür).
- C. Ein reiner Interessenkonflikt, da beide Parteien denselben Parkplatz beanspruchen.
- D. Ein Strukturkonflikt, da die Parkplatzsituation vor Ort schlecht organisiert ist.

21. Was muss gemäß DGUV Vorschrift 1 im Verbandbuch eines Betriebes dokumentiert werden?

- A. Ausschließlich meldepflichtige Arbeitsunfälle mit mehr als drei Tagen Arbeitsunfähigkeit
- B. Alle geleisteten Erste-Hilfe-Maßnahmen, auch bei kleineren Verletzungen und Erkrankungen
- C. Nur Arbeitsunfälle, bei denen eine ärztliche Behandlung erforderlich war
- D. Lediglich Unfälle, die zu einem stationären Krankenhausaufenthalt geführt haben

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play

22. Was verpflichtet § 5 Arbeitsschutzgesetz (ArbSchG) den Arbeitgeber vorrangig zu tun?

- A. Monatliche Sicherheitsbegehungen durchzuführen und zu protokollieren
- B. Eine Gefährdungsbeurteilung für alle Arbeitsbereiche zu erstellen und zu dokumentieren
- C. Alle Beschäftigten einmal jährlich einem arbeitsmedizinischen Pflicht-Check-up zu unterziehen
- D. Mindestens einen Betriebsarzt in Vollzeit zu beschäftigen



Unlock all 387 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



23. An wen richtet sich Teil A der Brandschutzordnung nach DIN 14096, und wo wird er üblicherweise angebracht?

- A. An Personen mit besonderen Brandschutzaufgaben; er wird im Büro des Brandschutzbeauftragten aufbewahrt
- B. An alle Mitarbeiter; er wird ausschließlich beim jährlichen Brandschutzunterricht ausgeteilt
- C. An alle Personen einschließlich betriebsfremder Besucher; er wird gut sichtbar an geeigneten Stellen im Gebäude ausgehängt
- D. An die externe Feuerwehr; er liegt ausschließlich in der Leitstelle vor

24. In einem Produktionsbetrieb (sonstiger Betrieb mit erhöhtem Unfallrisiko) mit 60 Beschäftigten: Wie viele ausgebildete Ersthelfer schreibt DGUV Vorschrift 1 mindestens vor?

- A. 2 Ersthelfer
- B. 3 Ersthelfer
- C. 6 Ersthelfer
- D. 12 Ersthelfer

Want the other 357+ questions & full timed mock exams? Unlock at
<https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

25. Welchem primären Schutzziel dienen Brandabschnitte in einem Gebäude?

- A. Die Ausbreitung von Feuer und Rauch auf den Entstehungsbereich zu begrenzen und angrenzende Bereiche sowie Rettungswege zu schützen
- B. Den Feuerwehrkräften den schnellstmöglichen Zugang zum Brandherd zu ermöglichen
- C. Die Brandmeldeanlage in klar definierte Meldebereiche aufzuteilen
- D. Das gesamte Gebäude gleichmäßig mit Löschmitteln einer Sprinkleranlage zu versorgen

26. Welches Betriebsfunksystem dürfen private Sicherheitsdienste in Deutschland für die Kommunikation auf einem Betriebsgelände ohne gesonderte Frequenzzuteilung durch die Bundesnetzagentur nutzen?

- A. BOS-Digitalfunk (TETRA) im 380–400-MHz-Band
- B. Amateurfunk im 2-m-Band (144–146 MHz)
- C. PMR446-Betriebsfunk (446 MHz, max. 0,5 Watt ERP)
- D. CB-Funk im 27-MHz-Band



Unlock all 387 questions + timed mock exams
→ <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



27. An welche Personengruppe richtet sich Teil B der Brandschutzordnung nach DIN 14096?

- A. Ausschließlich an externe Besucher und Kunden, die das Gebäude erstmalig betreten
- B. An alle Personen mit besonderen Brandschutzaufgaben, wie Brandschutzbeauftragte und Werkfeuerwehrmitglieder
- C. An alle Beschäftigten des Betriebs, denen keine besonderen Brandschutzaufgaben übertragen wurden
- D. Ausschließlich an Mitglieder der Unternehmensleitung und Sicherheitsverantwortliche

Study offline on the free app — search your exam on the App Store or Google Play

28. Was ist das wesentliche Merkmal einer Überfallmeldeanlage (ÜMA) gegenüber einer Einbruchmeldeanlage (EMA)?

- A. Die ÜMA löst stets einen lauten akustischen Alarm aus, um den Täter abzuschrecken und zu vertreiben
- B. Die ÜMA wird ausschließlich in Privathaushalten eingesetzt, die EMA hingegen nur im gewerblichen Bereich
- C. Die ÜMA wird von einer bedrohten Person absichtlich manuell ausgelöst und arbeitet in der Regel als stiller Alarm, ohne den Täter zu warnen
- D. Die ÜMA erkennt Einbrüche vollautomatisch durch Sensoren, während die EMA ausschließlich manuell scharf geschaltet wird

29. Ein Sicherheitsunternehmen bewahrt ausgefüllte Besucherlisten in einem unverschlossenen Regal im Empfangsbereich auf, der für alle Mitarbeiter des Kunden frei zugänglich ist. Gegen welchen Grundsatz der DSGVO verstößt dieses Vorgehen in erster Linie?

- A. Gegen den Grundsatz der Zweckbindung (Art. 5 Abs. 1 lit. b DSGVO)
- B. Gegen den Grundsatz der Datenminimierung (Art. 5 Abs. 1 lit. c DSGVO)
- C. Gegen den Grundsatz der Integrität und Vertraulichkeit (Art. 5 Abs. 1 lit. f DSGVO)
- D. Gegen den Grundsatz der Richtigkeit (Art. 5 Abs. 1 lit. d DSGVO)

30. Ein ausgeschiedener Mitarbeiter fordert die vollständige Löschung seiner Daten aus dem Zutrittsprotokoll des Unternehmens. Was gilt in diesem Fall?

- A. Die Löschung muss immer sofort und ausnahmslos erfolgen.
- B. Die Daten dürfen dauerhaft gespeichert bleiben, da Sicherheitsinteressen stets überwiegen.
- C. Das Recht auf Löschung kann entfallen, wenn gesetzliche Aufbewahrungspflichten einer Löschung entgegenstehen.
- D. Die Sicherheitskraft entscheidet eigenständig vor Ort über die Löschung.



Unlock all 387 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



Answer Key & Explanations

You just practised 30 of 387. Unlock every question + timed mocks at
<https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

1. A — Der Täter bleibt wegen des Versuchs des Einbruchs straflos, weil er freiwillig vom unbeendeten Versuch zurückgetreten ist

§ 24 Abs. 1 S. 1 StGB bestimmt: Wer freiwillig die weitere Ausführung der Tat aufgibt (unbeendeter Versuch), wird wegen des Versuchs nicht bestraft. Hier hat der Täter die Tat noch nicht abgeschlossen und bricht freiwillig ab – damit entfällt die Strafbarkeit wegen des Versuchs. Eine separate Strafbarkeit wegen Sachbeschädigung am Schloss bleibt davon unberührt. Why the other options are incorrect: • Der Täter wird wegen des Versuchs bestraft, erhält aber eine erhebliche Strafmilderung nach § 49 StGB: § 24 StGB sieht keine bloße Strafmilderung vor, sondern den vollständigen Wegfall der Strafbarkeit wegen des Versuchs. Bei wirksamem Rücktritt scheidet eine Bestrafung wegen des Versuchs aus. • Der Rücktritt ist nur wirksam, wenn der Täter zuvor den Schaden am Schloss eigenständig behebt: Das Gesetz knüpft den Rücktritt nicht an eine Schadensbeseitigung. Beim unbeendeten Versuch genügt es, die weitere Tatausführung freiwillig aufzugeben; eine Wiedergutmachung ist keine gesetzliche Voraussetzung. • Ein Rücktritt ist nach Beginn der Tatausführung grundsätzlich nicht mehr möglich: § 24 StGB ermöglicht ausdrücklich den strafbefreienden Rücktritt auch nach Beginn der Ausführungshandlung. Das Rücktrittsrecht ist gerade für die Phase nach Versuchsbeginn konzipiert.

2. A — Gefährliche Körperverletzung nach § 224 StGB, da die Flasche als gefährliches Werkzeug eingesetzt wurde

§ 224 Abs. 1 Nr. 2 StGB erfasst die Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeugs. Eine Glasflasche gilt als gefährliches Werkzeug, wenn sie so eingesetzt wird, dass erhebliche Verletzungen entstehen können – was beim Schlag auf den Kopf typischerweise der Fall ist. Why the other options are incorrect: • Einfache Körperverletzung nach § 223 StGB, da keine dauerhaften Schäden entstanden sind: § 223 StGB (einfache Körperverletzung) greift nur, wenn kein erschwerendes Merkmal vorliegt. Das Verwenden einer Glasflasche als Schlagwerkzeug qualifiziert die Tat zu § 224 StGB. • Schwere Körperverletzung nach § 226 StGB, da ein Körperteil verletzt wurde: § 226 StGB setzt schwere Dauerfolgen voraus, z. B. den Verlust eines Sinnesorgans oder einer Gliedmaße. Eine Platzwunde erfüllt diese hohe Schwelle nicht. • Körperverletzung mit Todesfolge nach § 227 StGB, da theoretisch Lebensgefahr bestanden haben könnte: § 227 StGB erfordert den tatsächlichen Tod der verletzten Person infolge der Körperverletzung. Da kein Todesfall eingetreten ist, scheidet dieser Tatbestand aus.

3. A — Das Unternehmen kann den Vertrag wegen Eigenschaftsirrtums nach § 119 Abs. 2 BGB anfechten.

§ 119 Abs. 2 BGB gewährt ein Anfechtungsrecht bei einem Irrtum über eine verkehrswesentliche Eigenschaft des Vertragsgegenstandes (Eigenschaftsirrtum). Nach erfolgreicher Anfechtung ist der Vertrag von Anfang an nichtig (§ 142 BGB); das Unternehmen muss jedoch ggf. den Vertrauensschaden des Lieferanten nach § 122 BGB ersetzen. Why the other options are incorrect: • Das Unternehmen kann den Vertrag wegen arglistiger Täuschung nach § 123 BGB anfechten.: § 123 BGB (arglistige Täuschung) setzt eine vorsätzliche Täuschungshandlung des Vertragspartners voraus. Da der Lieferant den Irrtum nicht arglistig herbeigeführt hat, ist diese Anfechtungsgrundlage nicht einschlägig. • Das Unternehmen kann den Vertrag ausschließlich



Unlock all 387 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



kündigen, da Irrtümer kein Anfechtungsrecht begründen.: Das BGB unterscheidet zwischen Anfechtung und Kündigung. Bei einem Eigenschaftsirrturn nach § 119 Abs. 2 BGB besteht ein Anfechtungsrecht, das zur rückwirkenden Nichtigkeit führt – nicht lediglich ein Kündigungsrecht. • Ein Irrtum über eine Eigenschaft begründet nach dem BGB grundsätzlich kein Lösungsrecht vom Vertrag.: Diese Aussage ist unzutreffend. § 119 Abs. 2 BGB räumt beim Eigenschaftsirrturn ausdrücklich ein Anfechtungsrecht ein. Der Irrtum über eine wesentliche Eigenschaft ist damit ein anerkannter Anfechtungsgrund im deutschen Vertragsrecht.

4. A — Kinder unter 14 Jahren sind schuldunfähig; eine strafrechtliche Verfolgung nach dem StGB oder JGG ist ausgeschlossen.

§ 19 StGB bestimmt ausdrücklich: 'Schuldunfähig ist, wer bei Begehung der Tat noch nicht vierzehn Jahre alt ist.' Ein 13-jähriges Kind kann daher strafrechtlich nicht verfolgt werden; es fehlt an der Schuldfähigkeit als Grundvoraussetzung jeder Strafbarkeit. Why the other options are incorrect: • Kinder ab 12 Jahren können bereits nach dem Jugendgerichtsgesetz (JGG) strafrechtlich verfolgt werden.: Das Jugendgerichtsgesetz (JGG) gilt für Jugendliche (14–17 Jahre) und Heranwachsende (18–20 Jahre). Für Kinder unter 14 Jahren ist strafrechtliche Verfolgung weder nach dem StGB noch nach dem JGG möglich. • Das Strafgesetzbuch sieht keine feste Altersgrenze für die Strafmündigkeit vor; es kommt auf den Einzelfall an.: § 19 StGB legt die Strafmündigkeitsgrenze eindeutig und ohne Ausnahme bei 14 Jahren fest. Es gibt keine Einzelfallprüfung unterhalb dieser Altersgrenze. • Kinder unter 16 Jahren sind grundsätzlich schuldunfähig und können nicht strafrechtlich verfolgt werden.: Die gesetzliche Altersgrenze liegt nach § 19 StGB bei 14 Jahren, nicht bei 16 Jahren. Personen zwischen 14 und 17 Jahren sind eingeschränkt strafrechtlich verantwortlich und werden nach dem JGG beurteilt.

5. B — Brandstiftung nach § 306 StGB

§ 306 StGB (Brandstiftung) ist erfüllt, wenn jemand vorsätzlich ein fremdes Gebäude oder eine andere in § 306 Abs. 1 Nr. 1–6 StGB genannte Sache in Brand setzt oder durch Brandlegung ganz oder teilweise zerstört. Ein gewerblich genutztes Lagergebäude fällt darunter. Der Täter handelt vorsätzlich, sodass die Grundform des § 306 StGB einschlägig ist. Why the other options are incorrect: • Sachbeschädigung nach § 303 StGB: § 303 StGB (Sachbeschädigung) ist als allgemeinere Norm durch die speziellere und schwerere Vorschrift des § 306 StGB verdrängt (Spezialität). Das Inbrandsetzen eines Gebäudes ist eine besonders gefährliche Form der Sachbeschädigung, die das Gesetz eigenständig und mit höherem Strafraum erfasst. • Schwere Brandstiftung nach § 306a StGB: § 306a StGB (Schwere Brandstiftung) setzt voraus, dass ein Gebäude, das der Wohnung von Menschen dient, in Brand gesetzt wird, oder dass durch die Tat eine konkrete Gefahr für das Leben anderer Personen entsteht. Da das reine Lagergebäude nicht bewohnt wird und keine Personengefährdung festgestellt wurde, greift diese Qualifikation nicht. • Fahrlässige Brandstiftung nach § 306d StGB: § 306d StGB (Fahrlässige Brandstiftung) setzt voraus, dass die Brandlegung unbeabsichtigt oder leichtfertig herbeigeführt wird. Da der Täter die Tat absichtlich und zielgerichtet begeht, kommt nur die Vorsatzvariante nach § 306 StGB in Betracht.

6. B — Totschlag durch Unterlassen nach § 212 StGB i.V.m. § 13 StGB, weil die Sicherheitskraft aufgrund ihrer beruflichen Stellung als Garantin verpflichtet war, den Tod abzuwenden

§ 13 StGB (Begehen durch Unterlassen) ermöglicht die Bestrafung für einen tatbestandlichen Erfolg, wenn die unterlassende Person rechtlich verpflichtet war, diesen Erfolg abzuwenden (Garantenstellung). Die dienstliche Verantwortung für die Sicherheit aller Personen auf dem Gelände begründet eine solche Garantenstellung. Handelt die Sicherheitskraft mit bedingtem Vorsatz hinsichtlich des Todeseintritts, kommt Totschlag durch Unterlassen nach § 212 i.V.m. § 13 StGB in Betracht. Why the other options are incorrect: • Fahrlässige Tötung nach § 222 StGB, weil die Sicherheitskraft unvorsichtig gehandelt hat: § 222 StGB



Unlock all 387 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



(Fahrlässige Tötung) setzt voraus, dass der Tod durch ein fahrlässiges Verhalten herbeigeführt wird. Bei einem bewussten, vorsätzlichen Nichtstun trotz erkannter Garantenstellung und erkannter Todesgefahr ist Vorsatz zu prüfen, was zur schwereren Norm des § 212 i.V.m. § 13 StGB führt. • Eine Strafbarkeit über § 323c StGB hinaus ist ausgeschlossen, da kein aktives Tun vorliegt: Diese Aussage ist unzutreffend. § 13 StGB stellt das Unterlassen dem aktiven Tun ausdrücklich gleich, sofern der Täter eine Garantenstellung innehatte. Die Strafbarkeit ist dann dieselbe wie bei einer entsprechenden positiven Handlung. • Körperverletzung mit Todesfolge nach § 227 StGB, weil der Tod als unmittelbare Folge der Vernachlässigung eintrat: § 227 StGB (Körperverletzung mit Todesfolge) setzt als spezifische Todesfolge einer vorangegangenen Körperverletzungshandlung voraus. Da die Sicherheitskraft keine aktive Körperverletzung begangen hat, ist dieser Tatbestand nicht einschlägig.

7. C — Entschuldigender Notstand nach § 35 StGB

§ 35 StGB (Entschuldigender Notstand) greift, wenn jemand eine rechtswidrige Tat begeht, um eine gegenwärtige, nicht anders abwendbare Gefahr für sein Leben, seinen Leib oder seine Freiheit abzuwenden. Die Tat bleibt rechtswidrig, die Schuld entfällt jedoch. Da die Sicherheitskraft handelt, um ihr Leben zu retten, ist dies ein klassischer Anwendungsfall des § 35 StGB. Why the other options are incorrect: • Notwehr nach § 32 StGB: § 32 StGB (Notwehr) erfordert eine aktive Verteidigungshandlung gegen einen gegenwärtigen Angriff. Das Nachgeben einer Forderung zum Schutz des eigenen Lebens stellt keine Notwehrhandlung dar, sondern ist Ausdruck der Unzumutbarkeit normentsprechenden Verhaltens. • Rechtfertigender Notstand nach § 34 StGB: § 34 StGB (Rechtfertigender Notstand) macht die Handlung rechtmäßig, wenn das geschützte Interesse das beeinträchtigte wesentlich überwiegt. § 35 StGB ist jedoch die speziellere und für diese Konstellation direkt passende Norm, die auf die Abwehr einer Gefahr für Leib, Leben oder Freiheit der handelnden Person selbst zugeschnitten ist. • Notwehrexzess nach § 33 StGB: § 33 StGB (Notwehrexzess) betrifft das Überschreiten von Notwehrgrenzen aus Verwirrung, Furcht oder Schrecken. Da die Sicherheitskraft keine Notwehrhandlung vornimmt, sondern einer Forderung der Täter nachgibt, ist § 33 StGB nicht anwendbar.

8. A — Nothilfe als Unterfall der Notwehr gemäß § 32 StGB

§ 32 StGB schließt die sogenannte Nothilfe ein, d. h. die Verteidigung eines Dritten gegen einen gegenwärtigen, rechtswidrigen Angriff. Voraussetzung ist, dass die Verteidigungshandlung auch hier erforderlich ist. Die Sicherheitskraft handelt damit gerechtfertigt. Why the other options are incorrect: • Rechtfertigender Notstand gemäß § 34 StGB: Der rechtfertigende Notstand (§ 34 StGB) setzt eine Güter- und Interessenabwägung voraus und greift subsidiär. Bei einem laufenden rechtswidrigen Angriff ist vorrangig die Nothilfe nach § 32 StGB anwendbar. • Jedermann-Festnahmerecht gemäß § 127 Abs. 1 StPO: § 127 StPO erlaubt die vorläufige Festnahme eines Straftäters nach einer begangenen Tat. Er berechtigt nicht zum aktiven Eingreifen zur Abwehr eines laufenden Angriffs. • Verbotene Eigenmacht gemäß § 858 BGB: § 858 BGB regelt den unerlaubten Eingriff in den Besitz an Sachen (verbotene Eigenmacht) und ist für die Abwehr eines körperlichen Angriffs auf eine Person nicht einschlägig.

9. C — § 229 BGB (erlaubte Selbsthilfe)

§ 229 BGB erlaubt die Selbsthilfe zur Sicherung eines bestehenden Anspruchs, wenn obrigkeitliche Hilfe nicht rechtzeitig zu erlangen ist und ohne sofortiges Handeln die Vereitelung des Anspruchs droht. Die Maßnahme muss verhältnismäßig sein und darf nicht weiter gehen als zur Sicherung erforderlich. Why the other options are incorrect: • § 227 BGB (Notwehr): § 227 BGB (Notwehr) erlaubt die Abwehr eines gegenwärtigen rechtswidrigen Angriffs auf die eigene Person oder deren Rechtsgüter. Die Flucht mit einem Fahrzeug zur Vollstreckungsverweigerung ist kein körperlicher Angriff im Sinne der Notwehr. • § 228 BGB (Defensivnotstand):



Unlock all 387 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



§ 228 BGB (Defensivnotstand) betrifft Einwirkungen auf eine Sache, die selbst eine drohende Gefahr darstellt. Im vorliegenden Fall geht es um die Sicherung eines Geldanspruchs, nicht um die Gefahrenabwehr durch eine gefährliche Sache. • § 242 BGB (Treu und Glauben): § 242 BGB (Treu und Glauben) ist ein allgemeines Auslegungsprinzip für Schuldverhältnisse und begründet keine eigenständige Befugnis zur physischen Sicherung von Gegenständen.

10. B — Gegen den Arbeitgeber (Bewachungsunternehmen), der nach § 831 BGB als Geschäftsherr für seinen Verrichtungsgehilfen haftet, sofern er sich nicht durch Nachweis sorgfältiger Auswahl und Überwachung entlastet.

§ 831 Abs. 1 BGB begründet die Haftung des Geschäftsherrn (Bewachungsunternehmen) für Schäden, die ein Verrichtungsgehilfe in Ausführung der übertragenen Verrichtung widerrechtlich verursacht. Der Arbeitgeber kann sich exkulpieren, wenn er beweist, dass er den Mitarbeiter sorgfältig ausgewählt und überwacht hat. Why the other options are incorrect: • Ausschließlich gegen den Sicherheitsmitarbeiter persönlich, da er die Verletzungshandlung selbst begangen hat.: Der Mitarbeiter haftet zwar ebenfalls persönlich nach § 823 Abs. 1 BGB; § 831 BGB begründet daneben aber eine eigenständige Haftung des Arbeitgebers, sodass der Geschädigte Ansprüche gegen beide geltend machen kann. • Gegen den Auftraggeber (Objektbetreiber), da dieser als Vertragspartner für alle auf seinem Gelände entstandenen Schäden verantwortlich ist.: Der Auftraggeber (Objektbetreiber) haftet nicht automatisch für Handlungen des Sicherheitspersonals. Die Haftung trifft das Bewachungsunternehmen als Geschäftsherr nach § 831 BGB, nicht den Vertragspartner, der das Personal bestellt hat. • Gegen niemanden, da Schadensersatzansprüche bei körperlichen Auseinandersetzungen im Bewachungsgewerbe gesetzlich ausgeschlossen sind.: Ein pauschaler gesetzlicher Haftungsausschluss für körperliche Auseinandersetzungen im Wachdienst existiert nicht. Eine rechtswidrige Körperverletzung durch einen Mitarbeiter begründet stets zivilrechtliche Schadensersatzansprüche.

11. A — Die Klausel ist nach § 138 Abs. 1 BGB nichtig, weil sie gegen die guten Sitten verstößt und das berufliche Fortkommen unzumutbar einschränkt

§ 138 Abs. 1 BGB erklärt Rechtsgeschäfte, die gegen die guten Sitten verstoßen, für nichtig. Ein zeitlich und örtlich unbegrenztes nachvertragliches Wettbewerbsverbot, das den Arbeitnehmer dauerhaft von der Berufsausübung ausschließt, ist sittenwidrig und damit von Anfang an (ex tunc) nichtig – ohne dass eine Anfechtung erforderlich wäre. Why the other options are incorrect: • Die Klausel ist wirksam, da Vertragsfreiheit besteht und beide Parteien unterschrieben haben: Die Vertragsfreiheit findet ihre Grenze im Gesetz. Nach § 138 BGB sind sittenwidrige Rechtsgeschäfte kraft Gesetzes nichtig; eine Unterschrift kann Sittenwidrigkeit nicht heilen. • Die Klausel ist zunächst wirksam, kann aber vom Mitarbeiter durch Anfechtung beseitigt werden: Sittenwidrige Klauseln sind nach § 138 BGB von Anfang an nichtig, nicht lediglich anfechtbar. Es bedarf keiner Anfechtungserklärung; die Nichtigkeit tritt automatisch ein. • Die Klausel ist nur unwirksam, wenn sie nicht ausdrücklich schriftlich vereinbart wurde: Das Schriftformerfordernis ist keine Voraussetzung der Nichtigkeit nach § 138 BGB. Die Sittenwidrigkeit führt unabhängig von der eingehaltenen Form zur Nichtigkeit.

12. B — Eintrittswahrscheinlichkeit eines Schadensereignisses und dessen Schadensausmaß

Eine Risikomatrix bewertet jedes identifizierte Risiko anhand zweier Achsen: der Eintrittswahrscheinlichkeit (wie wahrscheinlich ist das Ereignis?) und dem Schadensausmaß (wie groß wäre der Schaden?). Das Produkt beider Faktoren ergibt den Risikowert und bestimmt die Priorisierung von Schutzmaßnahmen. Why the other options are incorrect: • Personalkosten und zu erwartender Sachschaden: Personalkosten sind ein betriebswirtschaftlicher Planungsfaktor, kein Parameter der Risikobewertungsmatrix. • Anzahl der Mitarbeiter



Unlock all 387 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



und Grundfläche des Objekts: Mitarbeiterzahl und Gebäudegröße sind objektbeschreibende Daten, keine Risikobewertungsdimensionen. • Interventionszeit der Sicherheitskraft und Stärke der baulichen Sicherung: Interventions- und Widerstandszeit fließen in die Maßnahmenplanung ein, nicht in die primäre Risikobewertung der Matrix.

13. A — Klar definierte Alarmierungsketten mit konkreten Zuständigkeiten, Meldeweg, Verhaltensregeln für verschiedene Szenarien sowie Kontaktdaten aller Notfallansprechpartner

Ein wirksamer Alarm- und Notfallplan muss szenariospezifisch sein und klare Handlungsanweisungen, Zuständigkeiten, Meldewege und Kontaktdaten enthalten, damit alle Beteiligten im Ernstfall schnell und koordiniert handeln können. Why the other options are incorrect: • Ausschließlich die Telefonnummern der zuständigen Polizeidienststelle und der Feuerwehr: Notfallnummern sind notwendig, aber bei Weitem nicht ausreichend; ohne Handlungsanweisungen und Zuständigkeiten entsteht im Ernstfall Chaos. • Nur die technischen Spezifikationen der eingesetzten Einbruchmelde- und Brandmeldeanlage: Technische Spezifikationen der Anlagen gehören zur Technischen Dokumentation, nicht zum Alarm- und Notfallplan, der verhaltensorientiert sein muss. • Lediglich eine allgemeine Beschreibung des Objekts und seiner Lage ohne szenariospezifische Handlungsanweisungen: Eine bloße Objektbeschreibung ohne Handlungsanweisungen erfüllt nicht die Anforderung an einen Notfallplan und wäre im Einsatz wertlos.

14. A — Er registriert die Wärmestrahlung von sich bewegenden Personen im Überwachungsbereich und löst bei Erkennung Alarm aus.

Ein PIR-Melder (Passiv-Infrarot) detektiert die vom menschlichen Körper abgegebene Infrarotstrahlung (Wärme). Bewegt sich eine Person durch den Überwachungsbereich, verändert sich das Wärmebild im Sichtfeld des Melders, was den Alarm auslöst. Why the other options are incorrect: • Er erzeugt einen unsichtbaren Lichtstrahl und löst Alarm aus, sobald dieser unterbrochen wird.: Das beschreibt eine Lichtschranke (aktiver Infrarotmelder), nicht einen Passiv-Infrarot-Melder. • Er misst Schwingungen an Wänden und Decken und erkennt so Durchbruchversuche von außen.: Das beschreibt einen Körperschallmelder, der mechanische Erschütterungen auswertet. • Er überwacht den Öffnungszustand von Türen und Fenstern mittels Magnetkontakten.: Das beschreibt einen Öffnungsmelder mit Reedkontakt, der für Türen und Fenster eingesetzt wird.

15. A — Eine Zugangskontrollvorrichtung, bei der eine zweite Tür erst öffnet, wenn die erste vollständig geschlossen ist, sodass sich nur eine Person gleichzeitig im Schleusenkörper befinden kann

Eine Personenschleuse (Mantrap) ist eine Sicherheitsschleuse, die physisch sicherstellt, dass immer nur eine Person gleichzeitig in den gesicherten Bereich eintreten kann. Die zweite Tür öffnet erst, wenn die erste wieder geschlossen ist – so wird Tailgating (unbefugtes Mitschleusen einer weiteren Person) wirksam verhindert. Why the other options are incorrect: • Ein gesicherter Notausgang, der ausschließlich für Rettungskräfte im Brandfall zugänglich ist: Ein gesicherter Notausgang für Rettungskräfte ist ein brandschutztechnisches Element ohne Funktion als reguläre Zugangskontrolle. Er dient dem Personenabfluss, nicht der Zutrittsbeschränkung. • Eine Wartezone für nicht vorangemeldete Besucher vor dem Sicherheitsempfang: Eine Besucherwartebereich ist eine organisatorische Maßnahme am Empfang, aber keine technische Schleuse, die die simultane Durchschleusung mehrerer Personen physisch unterbindet. • Ein abgesperrter Bereich innerhalb eines Objekts, der ausschließlich Sicherheitspersonal vorbehalten ist: Ein exklusiver Sicherheitsbereich ist eine Zutrittsbeschränkung nach Berechtigung, aber keine Schleuse. Der Begriff bezeichnet keinen technischen Mechanismus zur Einzelpersonenkontrolle.



Unlock all 387 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



16. C — Zugangskontrolle regelt das Erreichen eines Geländes (Außenbereich), Zutrittskontrolle das Betreten von Gebäuden und Räumen

Im deutschen Sicherheitswesen bezeichnet 'Zugangskontrolle' die Kontrolle des Zutritts zu einem umfriedeten Gelände oder Außenbereich (z. B. Werkstor), während 'Zutrittskontrolle' das Betreten von Gebäuden, Etagen oder einzelnen Räumen regelt. Beide Ebenen gehören zum Konzept der Tiefenstaffelung. Why the other options are incorrect: • Zugangskontrolle betrifft ausschließlich Fahrzeuge, Zutrittskontrolle ausschließlich Personen: Die Unterscheidung nach Fahrzeug und Person ist nicht korrekt; Zugangskontrolle umfasst sowohl Fahrzeuge als auch Personen an der Geländeperipherie. • Beide Begriffe sind rechtlich identisch und werden synonym verwendet: Die Begriffe sind nicht identisch; sie bezeichnen unterschiedliche Kontrollstufen im abgestuften Schutzkonzept. • Zugangskontrolle ist stets eine technische Maßnahme, Zutrittskontrolle eine rein organisatorische: Sowohl Zugangs- als auch Zutrittskontrolle können technisch (Chipkarte, Schranke) und organisatorisch (Pforte, Wachpersonal) umgesetzt werden.

17. A — Präventives Risikomanagement identifiziert und bewertet Gefährdungen vor ihrem Eintreten und leitet Gegenmaßnahmen ein; reaktives Krisenmanagement greift nach einem Schadenseintritt, um Folgen zu begrenzen und die Lage zu stabilisieren

Risikomanagement wirkt vor dem Ereignis: Es analysiert Bedrohungen, bewertet Eintrittswahrscheinlichkeit und Schadensausmaß und reduziert Risiken durch gezielte Maßnahmen. Krisenmanagement setzt erst nach dem Ereignis ein und zielt darauf ab, Schäden zu begrenzen, Abläufe zu stabilisieren und den Normalbetrieb wiederherzustellen. Why the other options are incorrect: • Risikomanagement ist ausschließlich Aufgabe externer Sicherheitsberater; das Krisenmanagement obliegt ausschließlich dem internen Sicherheitspersonal: Die Aufteilung nach intern/extern trifft das inhaltliche Unterscheidungsmerkmal nicht. Beide Prozesse können intern oder extern organisiert werden und betreffen das gesamte Sicherheitsmanagement einer Einrichtung. • Beide Begriffe beschreiben identische Prozesse und werden im professionellen Sicherheitswesen synonym verwendet: Risikomanagement und Krisenmanagement sind klar voneinander abgegrenzte Phasen im Sicherheitsmanagementzyklus (präventiv vs. reaktiv) und werden fachlich nicht synonym verwendet. • Risikomanagement befasst sich nur mit Sachschäden, Krisenmanagement ausschließlich mit dem Schutz von Menschenleben: Sowohl Risikomanagement als auch Krisenmanagement umfassen Personen- und Sachschutz. Eine strenge inhaltliche Trennung nach Schadensart ist fachlich nicht korrekt.

18. B — Primäre Prävention zielt darauf ab, Konflikte durch frühzeitige Maßnahmen gar nicht erst entstehen zu lassen; sekundäre Deeskalation wirkt, wenn ein Konflikt bereits begonnen hat.

Primäre Prävention bedeutet, durch vorausschauendes Handeln (z. B. klare Beschilderung, freundliche Ansprache, übersichtliche Wegeführung) zu verhindern, dass Konflikte überhaupt entstehen. Sekundäre Deeskalation setzt erst ein, wenn ein Konflikt bereits begonnen hat, und zielt darauf ab, eine weitere Eskalation zu stoppen. Why the other options are incorrect: • Primäre Prävention erfolgt nach einer Eskalation; sekundäre Deeskalation soll weitere Eskalation verhindern.: Dies ist eine Umkehrung der korrekten Definitionen. Primäre Prävention findet VOR dem Konflikt statt, nicht danach. • Beide Begriffe bezeichnen dasselbe Konzept und können gleichbedeutend verwendet werden.: Beide Begriffe beschreiben unterschiedliche zeitliche Interventionsstufen und sind keineswegs bedeutungsgleich. • Primäre Prävention ist ausschließlich Aufgabe der Polizei; sekundäre Deeskalation obliegt privaten Sicherheitskräften.: Sowohl primäre Prävention als auch sekundäre Deeskalation gehören zu den Kernaufgaben von Sicherheitskräften im Objektschutz.

19. C — Auch Schweigen, Abwenden oder Nichtstun senden eine Botschaft und wirken auf das Gegenüber.



Unlock all 387 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



Watzlawicks Axiom besagt, dass jedes Verhalten – auch Schweigen oder Wegsehen – eine kommunikative Wirkung hat. Eine Sicherheitskraft muss sich bewusst sein, dass selbst Nichtreagieren vom Gegenüber als Botschaft wahrgenommen wird. Why the other options are incorrect: • In Konfliktsituationen sollte eine Sicherheitskraft möglichst viel sprechen, um Missverständnisse zu verhindern.: Falsch. Das Axiom besagt nicht, dass man viel reden soll, sondern dass Kommunikation unvermeidlich ist – also auch durch Stille stattfindet. • Schweigen signalisiert immer Zustimmung und sollte daher in Konflikten konsequent vermieden werden.: Falsch. Schweigen bedeutet nicht automatisch Zustimmung; das Axiom betont nur, dass Schweigen stets eine (interpretierbare) Wirkung hat. • Nonverbale Signale sind in Konfliktsituationen weniger bedeutsam als verbale Äußerungen.: Falsch. Watzlawick betont ausdrücklich die Bedeutung nonverbaler Kommunikation und stellt sie nicht unter die verbale.

20. B — Ein Sachkonflikt (Parkplatzberechtigung) und ein Beziehungskonflikt (wahrgenommene persönliche Willkür).

Es liegt zunächst ein Sachkonflikt vor (wer darf den Parkplatz rechtmäßig nutzen). Durch die Reaktion des Besuchers, der die sachliche Regelanwendung als persönliche Ungerechtigkeit empfindet, entsteht zusätzlich ein Beziehungskonflikt. Diese Kombination ist typisch für viele Alltagssituationen im Sicherheitsdienst. Why the other options are incorrect: • Ausschließlich ein Wertekonflikt, da der Besucher grundsätzlich andere Wertvorstellungen hat.: Ein reiner Wertekonflikt liegt nicht vor, da zunächst ein konkreter, sachlicher Streitpunkt (Parkberechtigung) im Mittelpunkt steht. • Ein reiner Interessenkonflikt, da beide Parteien denselben Parkplatz beanspruchen.: Bei einem reinen Interessenkonflikt würden beide Parteien dasselbe Gut begehren. Hier geht es jedoch vor allem um Regelanwendung und die daraus entstehende Beziehungsebene. • Ein Strukturkonflikt, da die Parkplatzsituation vor Ort schlecht organisiert ist.: Ein Strukturkonflikt betrifft systemische Ursachen (z. B. zu wenige Parkplätze), steht aber im geschilderten Szenario nicht im Vordergrund.

21. B — Alle geleisteten Erste-Hilfe-Maßnahmen, auch bei kleineren Verletzungen und Erkrankungen

Das Verbandbuch ist nach DGUV Vorschrift 1 Pflicht. Darin sind alle Erste-Hilfe-Leistungen – auch scheinbar geringfügige Verletzungen – mit Datum, Uhrzeit, Art der Verletzung und durchgeführter Maßnahme einzutragen. Es dient als Beweissicherung für eventuelle spätere Unfallfolgen oder Berufskrankheiten. Why the other options are incorrect: • Ausschließlich meldepflichtige Arbeitsunfälle mit mehr als drei Tagen Arbeitsunfähigkeit: Die Meldepflicht an die Berufsgenossenschaft betrifft Unfälle mit mehr als drei Tagen Arbeitsunfähigkeit. Im Verbandbuch sind jedoch alle Erste-Hilfe-Maßnahmen zu erfassen, unabhängig von der Schwere der Verletzung. • Nur Arbeitsunfälle, bei denen eine ärztliche Behandlung erforderlich war: Die Dokumentationspflicht besteht unabhängig davon, ob ein Arzt aufgesucht wird. Auch die Erstversorgung einer kleinen Schnittwunde am Finger ist einzutragen. • Lediglich Unfälle, die zu einem stationären Krankenhausaufenthalt geführt haben: Stationäre Krankenhausaufenthalte sind zwar besonders schwerwiegende Ereignisse, aber das Verbandbuch erfasst grundsätzlich alle Erste-Hilfe-Leistungen und nicht nur solche mit stationärer Behandlung.

22. B — Eine Gefährdungsbeurteilung für alle Arbeitsbereiche zu erstellen und zu dokumentieren

§ 5 ArbSchG verpflichtet den Arbeitgeber, die mit der Arbeit verbundenen Gefährdungen zu ermitteln, zu beurteilen und geeignete Schutzmaßnahmen abzuleiten und zu dokumentieren (Gefährdungsbeurteilung). Sie ist die zentrale Grundlage des betrieblichen Arbeitsschutzes. Why the other options are incorrect: • Monatliche Sicherheitsbegehungen durchzuführen und zu protokollieren: Regelmäßige Sicherheitsbegehungen können sinnvoll sein, sind aber nicht als monatliche Pflicht in § 5 ArbSchG verankert.



Unlock all 387 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



- Alle Beschäftigten einmal jährlich einem arbeitsmedizinischen Pflicht-Check-up zu unterziehen: Arbeitsmedizinische Vorsorge ist in der ArbMedVV geregelt, nicht in § 5 ArbSchG, und umfasst keine generelle jährliche Pflichtuntersuchung für alle Beschäftigten.
- Mindestens einen Betriebsarzt in Vollzeit zu beschäftigen: Die Pflicht zur Bestellung eines Betriebsarztes ergibt sich aus dem Arbeitssicherheitsgesetz (ASiG), nicht aus § 5 ArbSchG; zudem ist Vollzeitbeschäftigung nicht grundsätzlich vorgeschrieben.

23. C — An alle Personen einschließlich betriebsfremder Besucher; er wird gut sichtbar an geeigneten Stellen im Gebäude ausgehängt

Teil A der Brandschutzordnung nach DIN 14096 ist als Aushang konzipiert. Er richtet sich an alle Personen im Gebäude – einschließlich Besucher und betriebsfremde Personen – und wird sichtbar im Gebäude (z. B. an Eingängen, Fluren, Treppenhäusern) ausgehängt. Why the other options are incorrect: • An Personen mit besonderen Brandschutzaufgaben; er wird im Büro des Brandschutzbeauftragten aufbewahrt: Personen mit besonderen Brandschutzaufgaben (z. B. Brandschutzhelfer) erhalten den ausführlicheren Teil C der Brandschutzordnung, nicht Teil A. • An alle Mitarbeiter; er wird ausschließlich beim jährlichen Brandschutzunterricht ausgeteilt: Teil A ist nicht für die einmalige Verteilung beim Unterricht gedacht, sondern als Daueraushang, der jederzeit für alle Gebäudenutzer – auch unangekündigte Besucher – einsehbar sein muss. • An die externe Feuerwehr; er liegt ausschließlich in der Leitstelle vor: Die externe Feuerwehr arbeitet mit eigenen Einsatzplänen und Feuerwehrlaufkarten. Teil A der Brandschutzordnung richtet sich an alle Gebäudenutzer, nicht an externe Rettungskräfte.

24. B — 3 Ersthelfer

In sonstigen Betrieben (z. B. Produktion) schreibt DGUV Vorschrift 1 mindestens 5 % der Beschäftigten als ausgebildete Ersthelfer vor. Bei 60 Beschäftigten ergibt das: $5\% \times 60 = 3$ Ersthelfer. Why the other options are incorrect: • 2 Ersthelfer: 2 Ersthelfer entsprächen nur ca. 3,3 % der Belegschaft und liegen damit unter der gesetzlich geforderten Mindestquote von 5 % für Produktionsbetriebe. • 6 Ersthelfer: 6 Ersthelfer (10 %) wären die korrekte Quote für Verwaltungs- und Handelsbetriebe. Für Produktionsbetriebe gilt die niedrigere Mindestquote von 5 %. • 12 Ersthelfer: 12 Ersthelfer (20 %) übersteigen die gesetzliche Mindestanforderung erheblich und sind nicht vorgeschrieben.

25. A — Die Ausbreitung von Feuer und Rauch auf den Entstehungsbereich zu begrenzen und angrenzende Bereiche sowie Rettungswege zu schützen

Brandabschnitte werden durch feuerbeständige Bauteile (Brandwände, Brandschutzdecken) gebildet und sollen ein Übergreifen von Feuer und Rauch auf benachbarte Bereiche verhindern. So bleiben Rettungswege nutzbar und der Schaden bleibt räumlich begrenzt. Why the other options are incorrect: • Den Feuerwehkräften den schnellstmöglichen Zugang zum Brandherd zu ermöglichen: Der Feuerwehruzugang wird durch Feuerwehruzufahrten, Aufstellflächen und Laufwege geregelt; diese haben eine eigene Planung und sind von Brandabschnitten unabhängig. • Die Brandmeldeanlage in klar definierte Meldebereiche aufzuteilen: Die Zonenaufteilung für Brandmeldeanlagen ist eine gesonderte anlagentechnische Planung; Brandabschnitte und Meldebereiche können übereinstimmen, sind aber rechtlich und funktional unterschiedliche Konzepte. • Das gesamte Gebäude gleichmäßig mit Löschmitteln einer Sprinkleranlage zu versorgen: Die Versorgung mit Löschmitteln ist Aufgabe von Löschanlagen (z. B. Sprinkler); Brandabschnitte sind bauliche Maßnahmen des vorbeugenden Brandschutzes, keine anlagentechnische Lösung.

26. C — PMR446-Betriebsfunk (446 MHz, max. 0,5 Watt ERP)

PMR446 ist ein europaweites, lizenzfreies Kurzstreckenfunksystem im 446-MHz-Band mit maximal 0,5 Watt Sendeleistung. Es ist ohne individuelle Frequenzzuteilung nutzbar und für private Sicherheitsdienste auf



Unlock all 387 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start



Betriebsgeländen geeignet. Why the other options are incorrect: • BOS-Digitalfunk (TETRA) im 380–400-MHz-Band: Der BOS-Digitalfunk (TETRA) ist ausschließlich Behörden und Organisationen mit Sicherheitsaufgaben (Polizei, Feuerwehr, Rettungsdienst) vorbehalten und für private Dienste nicht zugänglich. • Amateurfunk im 2-m-Band (144–146 MHz): Amateurfunk darf nur von Personen mit gültigem Amateurfunkzeugnis genutzt werden und ist für die gewerbliche Nutzung im Sicherheitsdienst nicht zugelassen. • CB-Funk im 27-MHz-Band: CB-Funk im 27-MHz-Band ist zwar lizenzfrei, aber aufgrund der unkontrollierten Reichweite, der Kanalbelegung durch Dritte und rechtlicher Einschränkungen für professionelle Sicherheitsdienste nicht geeignet.

27. C — An alle Beschäftigten des Betriebs, denen keine besonderen Brandschutzaufgaben übertragen wurden

Die DIN 14096 gliedert die Brandschutzordnung in drei Teile: Teil A ist ein aushangfähiger Kurzleitfaden für alle Personen im Gebäude. Teil B richtet sich an alle Beschäftigten ohne besondere Brandschutzaufgaben und enthält detailliertere Verhaltensregeln. Teil C adressiert Personen mit besonderen Brandschutzaufgaben (Brandschutzbeauftragte, Sicherheitskräfte, Betriebsfeuerwehr). Why the other options are incorrect: • Ausschließlich an externe Besucher und Kunden, die das Gebäude erstmalig betreten: Externe Besucher werden durch Teil A (Aushang) informiert. Teil B setzt ein Beschäftigungsverhältnis voraus und geht inhaltlich weit über einen einfachen Gebäudeaushang hinaus. • An alle Personen mit besonderen Brandschutzaufgaben, wie Brandschutzbeauftragte und Werkfeuerwehrmitglieder: Personen mit besonderen Brandschutzaufgaben werden durch Teil C der Brandschutzordnung angesprochen, nicht durch Teil B. Teil C enthält z. B. Alarmierungs- und Einsatzpläne für Brandschutzverantwortliche. • Ausschließlich an Mitglieder der Unternehmensleitung und Sicherheitsverantwortliche: Die DIN 14096 unterscheidet nicht nach Hierarchieebene. Teil B gilt für alle Beschäftigten ohne Sonderaufgaben im Brandschutz, unabhängig von ihrer Position im Unternehmen.

28. C — Die ÜMA wird von einer bedrohten Person absichtlich manuell ausgelöst und arbeitet in der Regel als stiller Alarm, ohne den Täter zu warnen

Die ÜMA ist ein manuelles System, das eine bedrohte Person (z. B. Bankangestellte) selbst auslöst. Es sendet in der Regel einen stillen Alarm an die NSL oder Polizei, um den Täter nicht zu warnen und eine Eskalation zu vermeiden. Why the other options are incorrect: • Die ÜMA löst stets einen lauten akustischen Alarm aus, um den Täter abzuschrecken und zu vertreiben: Ein lauter akustischer Alarm würde den Täter aufschrecken und die Gefährdung für die bedrohte Person erhöhen – das Gegenteil des gewünschten Effekts. • Die ÜMA wird ausschließlich in Privathaushalten eingesetzt, die EMA hingegen nur im gewerblichen Bereich: ÜMA werden typischerweise gerade in gewerblichen Bereichen wie Banken, Juwelieren oder Tankstellen eingesetzt, nicht auf Privathaushalte beschränkt. • Die ÜMA erkennt Einbrüche vollautomatisch durch Sensoren, während die EMA ausschließlich manuell scharf geschaltet wird: Die automatische Erkennung ist ein Merkmal der EMA (Sensoren, Melder); die ÜMA ist dagegen eine bewusste, manuelle Auslösung durch eine Person.

29. C — Gegen den Grundsatz der Integrität und Vertraulichkeit (Art. 5 Abs. 1 lit. f DSGVO)

Der Grundsatz der Integrität und Vertraulichkeit (Art. 5 Abs. 1 lit. f DSGVO) verlangt, dass personenbezogene Daten durch geeignete technische und organisatorische Maßnahmen gegen unbefugten Zugriff geschützt werden. Die öffentlich zugängliche, ungesicherte Lagerung verletzt dieses Gebot unmittelbar. Why the other options are incorrect: • Gegen den Grundsatz der Zweckbindung (Art. 5 Abs. 1 lit. b DSGVO): Die Zweckbindung (Art. 5 Abs. 1 lit. b DSGVO) betrifft die Frage, ob Daten nur für festgelegte Zwecke genutzt werden – dies ist hier nicht das zentrale Problem. • Gegen den Grundsatz der Datenminimierung (Art. 5 Abs.



Unlock all 387 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



1 lit. c DSGVO): Die Datenminimierung (Art. 5 Abs. 1 lit. c DSGVO) befasst sich mit der Menge der erhobenen Daten, nicht mit deren physischer Sicherung. • Gegen den Grundsatz der Richtigkeit (Art. 5 Abs. 1 lit. d DSGVO): Die Richtigkeit (Art. 5 Abs. 1 lit. d DSGVO) bezieht sich auf die inhaltliche Korrektheit der gespeicherten Daten, nicht auf deren Zugriffsschutz.

30. C — Das Recht auf Löschung kann entfallen, wenn gesetzliche Aufbewahrungspflichten einer Löschung entgegenstehen.

Art. 17 Abs. 3 DSGVO sieht vor, dass das Recht auf Löschung nicht gilt, wenn die Verarbeitung zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung (z. B. steuer- oder handelsrechtliche Aufbewahrungsfristen) erforderlich ist. In solchen Fällen sind die Daten erst nach Ablauf der Frist zu löschen. Why the other options are incorrect: • Die Löschung muss immer sofort und ausnahmslos erfolgen.: Eine sofortige und ausnahmslose Löschung ist nicht korrekt; gesetzliche Aufbewahrungspflichten können der Löschung vorübergehend entgegenstehen. • Die Daten dürfen dauerhaft gespeichert bleiben, da Sicherheitsinteressen stets überwiegen.: Ein pauschales dauerhaftes Speicherrecht aufgrund von Sicherheitsinteressen existiert nicht; die Speicherung muss verhältnismäßig und zweckgebunden sein. • Die Sicherheitskraft entscheidet eigenständig vor Ort über die Löschung.: Entscheidungen über Löschanträge treffen der Verantwortliche und ggf. der Datenschutzbeauftragte, nicht die einzelne Sicherheitskraft.



Unlock all 387 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start

Unofficial study material · not affiliated with any certifying body



Ready to pass?

Unlock the full Schutz Sicherheit IHK bank, every explanation, and unlimited timed mock exams.

Scan to start practising

<https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

Also on iOS & Android — search your exam name on the App Store or Google Play



Unlock all 387 questions + timed mock exams

→ <https://certs.theorypractice.app/schutz-sicherheit-ihk>

\$2.99/week or \$6.99/month · cancel anytime · scan to start